

«Brückenbauer» im Dispositiv kollaborativer Inklusion. Zur Enaktierung von Expertise in Kooperationen von Kommunal- verwaltungen und Migrant:innenorganisationen

Daniel Schumann*

Zusammenfassung: Migrant:innenorganisationen werden in Deutschland zunehmend als Expertinnen angerufen und in das Verwaltungshandeln einbezogen. Der Beitrag entwickelt eine gouvernementalitätstheoretisch informierte Heuristik zur Analyse dieser Kooperationspraxis. Eine Analyse von Praxishandreichungen zeigt, dass Migrant:innenorganisationen als «Brückenbauer» zwischen öffentlicher Verwaltung und Migrant:innen adressiert werden. Interviews mit Akteuren eines kommunalen Kooperationssettings in Berlin offenbaren die Paradoxien dieser Anrufung sowie reflexive Strategien organisationaler Selbstpositionierung.

Schlüsselwörter: Migrant:innenorganisationen, öffentliche Verwaltung, Gouvernementalität, Expertise, Ethnisierung

“Bridge Builders” in the Dispositif of Collaborative Inclusion. Enactments of Expertise in Cooperations between Local Administrations and Immigrant Associations

Abstract: Immigrant associations in Germany are increasingly approached as experts and included in administrative action. This article develops a heuristic informed by governmentality studies to analyse this cooperation practice. A document analysis shows that immigrant associations are addressed as “bridge builders” between public administration and migrants. Interviews with actors in a municipal cooperation setting in Berlin reveal the paradoxes of this interpellation as well as reflexive strategies of organisational self-positioning.

Keywords: Immigrant associations, public administration, governmentality, expertise, ethnization

Les « bâtisseurs de ponts » dans le dispositif d’inclusion collaborative. La réalisation d’expertise dans les coopérations entre des administrations municipales et des associations de migrant-es

Résumé: En Allemagne, les associations de migrant-es sont de plus en plus souvent considérées comme expertes et intégrées aux actions administratives. Cet article développe une heuristique inspirée de la théorie de la gouvernementalité afin d’analyser cette pratique de coopération. Une analyse documentaire montre que les associations de migrant-es sont appelées à jouer le rôle de « bâtisseurs de pont » entre l’administration publique et les migrant-es. Les entretiens avec des acteurs d’une coopération municipale à Berlin révèlent les paradoxes de cette interpellation ainsi que les stratégies réflexives d’auto-positionnement organisationnel.

Mots-clés: Associations de migrant-es, administration publique, gouvernementalité, expertise, ethnicisation

* Institut für Diversitätsforschung, Georg-August-Universität Göttingen, D-37073 Göttingen, daniel.schumann@uni-goettingen.de

1 Einleitung

Für die kommunale Integrationspolitik Deutschlands wurde mit Inkrafttreten des *Zuwanderungsgesetzes* im Jahr 2005, dem *Ersten Integrationsgipfel* (2006) und dem daraus hervorgegangenen *Nationalen Integrationsplan* (2007) eine Neuordnung konstatiert. Erstens hat ein Paradigmenwechsel von der Defizit- zur Potenzialorientierung stattgefunden, der die Inwertsetzung der Potenziale der als migrantisch markierten Bevölkerung betont (Rodatz 2012) und eine Nachfrage nach «BrückenbauerInnen geschaffen hat, welche diese Potentiale authentisch verkörpern können» (Sinanoglu 2019, 113). Zweitens kann ein Paradigmenwechsel zur interaktiven Kooperation konstatiert werden (Stock Giessendanner 2011; Schiller et al. 2020): Das kommunale Verwaltungshandeln gestaltet sich zunehmend netzwerkorientiert und bezieht zivilgesellschaftliche Organisationen als Koproduzentinnen kommunaler Leistungen ein. An der Schnittstelle dieser Entwicklungen wird Migrant:innenorganisationen eine Schlüsselrolle zugeschrieben. Früher noch «mehr betreut als beteiligt» (Thranhardt 2013, 5), seien Migrant:innenorganisationen nun «von Objekten zu Akteuren» avanciert (Kyrieri und Brassler 2012). Sie gelten als unverzichtbare «Partner des Staats» (Weiss 2013, 21), ihre spezifische Expertise ist nachgefragt. Auf kommunaler Ebene, aber zunehmend auch auf Landes- und Bundesebene wurden zahlreiche Kooperationen zwischen Migrant:innenorganisationen und öffentlichen Verwaltungen institutionalisiert.¹ Nicht zuletzt griffen öffentliche Verwaltungen seit Beginn der Corona-Pandemie vielfach auf die Expertise von Migrant:innenorganisationen zurück (Sachverständigenrat 2020, 81–83).

Der vorliegende Beitrag regt dazu an, diese Entwicklungen als Ausdruck eines sich in Deutschland formierenden Dispositivs kollaborativer Inklusion zu deuten. Dieses Dispositiv reagiert auf strukturelle Ungleichheiten und uneingelöste Teilhabeverprechen liberaler Demokratien (Foroutan 2019): Um gesellschaftliche Inklusionsprobleme praktisch zu lösen, kooperieren öffentliche Verwaltungen zunehmend mit Migrant:innenorganisationen. Sie fragen ihre Expertise als «Brückenbauer» ab, um mit ihren Massnahmen und Angeboten auch bislang unerreichte Zielgruppen zu erreichen. Verwaltungen sind insofern zunehmend auf die kreative Vermittlung durch Selbstorganisationen² angewiesen, um wirkungsvolle inkludierende Massnahmen zu konzipieren und zu implementieren. Die sozialwissenschaftliche Forschung selbst ist

1 Einer aktuellen Studie zufolge arbeiten 64,7 % der befragten Migrant:innenorganisationen mit Stadtverwaltungen, 26,8 % mit Bezirksverwaltungen, 27,1 % mit «der Landespolitik» und 17,1 % mit «der Bundespolitik» zusammen (Sachverständigenrat 2020, 59). Die Zahl der aktiven und formalisierten Migrant:innenorganisationen wird deutschlandweit auf ca. 12 400 bis 14 300 geschätzt (Sachverständigenrat 2020, 6).

2 Ich nutze die Begriffe Migrant:innenorganisation und Selbstorganisation – analog zu ihrer gegenwärtigen Verwendung im Diskurs – synonym. Ich bedanke mich für den Hinweis aus einem der anonymen Reviews, dass der Begriff der Selbstorganisation eine Rahmung voraussetzt, der zufolge Gruppen hier etwas selbst tun, das sonst andere für sie tun müssten. Aus dieser Begriffsmarkierung ergeben sich also spezifische Machteffekte.

Teil dieser Entwicklung. Als überwiegend politikbezogenes Steuerungswissen geht es einem Grossteil der bisherigen Forschung darum, die Aktivitäten und Kompetenzen von Migrant:innenorganisationen zu kartieren, um Kooperationen mit Verwaltung und Politik zu optimieren (etwa Sachverständigenrat 2020, 9).

Demgegenüber plädiert dieser Beitrag für eine relationale Lesart, die nicht primär danach fragt, wie Kooperationen verbessert werden können, sondern grundlegender daran interessiert ist, wie die Praktik der Kooperation die Beteiligten erst als kollektive Akteure subjektiviert (Alkemeyer und Bröckling 2018), wie sie sie zueinander ins Verhältnis setzt und welche Möglichkeiten und Grenzen sie ihnen auferlegt, exkludierende Strukturen zu transformieren. Diesen Aushandlungsprozessen gehe ich am Beispiel der Kooperation von Kommunalverwaltungen und Migrant:innenorganisationen aus einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive nach. Im Zentrum steht die Frage, wie in kommunalen Kooperationen die Expertise von Migrant:innenorganisationen hergestellt wird und inwiefern in diesem Zusammenhang ethnische Unterscheidungen mobilisiert oder aber verwischt werden.

Dazu verfolge ich eine doppelte empirische Perspektivierung auf die Schnittstelle von Kommunalverwaltungen und migrantischer Zivilgesellschaft: Zum einen habe ich drei einschlägige Handreichungen über Kooperationen von öffentlichen Verwaltungen und Migrant:innenorganisationen als Rezeptwissen über die Gestaltung von Kooperationen untersucht. Zum anderen wurden anhand von vier Experteninterviews die Deutungen und Positionierungen der Akteure eines exemplarischen Kooperationssettings in Berlin rekonstruiert. In der vorliegenden Studie entwickle ich Elemente einer Heuristik, um Diskurse und Praktiken kollaborativer Inklusion an der Schnittstelle von migrantischer Zivilgesellschaft und Verwaltung soziologisch aufzuschlüsseln. Damit soll auch ein exemplarischer empirischer Beitrag zum Verständnis der Machteffekte des Inkludiert-Werdens (Ahmed 2012) in der Phase eines sich ausbreitenden «inkluisiven Normalismus» (Bühmann 2020, 62) geleistet werden, in der die Diversität der Beteiligten zunehmend als Ressource für Innovationen in organisationalen Settings angesehen wird.

Ich werde zunächst meine theoretischen und gegenwartsdiagnostischen Annahmen ausführen, mit denen ich auf das Feld der Kooperationen blicke (Kap. 2), um daraufhin das Forschungsdesign der Studie vorzustellen (Kap. 3). Anschliessend skizziere und interpretiere ich zentrale Ergebnisse der Dokumentenanalyse (Kap. 4) und der Interviewstudie (Kap. 5). Den Abschluss bildet eine Zusammenfassung (Kap. 6).

2 Gouvernementalität, Expertise und das Dispositiv kollaborativer Inklusion

Parallel zu ihrer politischen Neuentdeckung hat auch die sozialwissenschaftliche Forschung über Migrant:innenorganisationen und ihre Aktivitäten im deutschsprachigen Raum stark zugenommen (etwa Waldrauch und Sohler 2004; Dahinden und Moret

2008; Pries 2010; Josten 2012; Thränhardt 2013; Kahveci 2017; Halm et al. 2020; Sachverständigenrat 2020; Schiller et al. 2020). Geprägt ist das Feld insbesondere von praxisorientierter Literatur und Auftragsforschungen, die nicht mehr nur eine «integrationistische Fragestellung» (Jungk 2001, 9; Goeke 2010) verfolgen, sondern zunehmend die entwicklungspolitischen und transnationalen Potenziale der (kommunalen) Zusammenarbeit mit Migrant:innenorganisationen ausloten (Haase und Müller 2012; Kreutzberger et al. 2016). Das dabei produzierte Steuerungswissen über Kooperationen basiert vielfach auf einer *Substanzialisierung* (Emirbayer 1997, 282) ihrer Akteure: Migrant:innenorganisationen und Kommunalverwaltungen werden als präformierte und selbsttätige Akteure betrachtet, statt sie aus prozessualer und relationaler Perspektive als Ergebnisse von Transaktionen zu verstehen. Zweitens findet eine *Funktionalisierung* statt, in der Migrant:innenorganisationen als Mittel eines vorab bestimmten Zwecks beobachtet und bewertet werden (Goeke 2010). Gefragt wird mittlerweile kaum noch, *ob* Migrant:innenorganisationen zur Sozialintegration ihrer Mitglieder oder zur Entwicklung der Herkunftsländer beitragen, sondern potenzialorientiert danach, *wie* und unter welchen Rahmenbedingungen ihr Expertenwissen dazu am besten genutzt werden kann (etwa Sachverständigenrat 2020, 8).

Ich vertrete die These, dass diese anwendungsorientierte sozialwissenschaftliche Literatur keine bloss neutrale Beschreibung der Kooperationen von staatlichen Akteuren und Migrant:innenorganisationen liefert, sondern immanenter Bestandteil eines sich formierenden *Dispositivs kollaborativer Inklusion* ist. Als ein «Ensemble» (Foucault 1978; Bührmann und Schneider 2008, 51–56) von kollektiven Akteuren (z. B. Kommunalverwaltungen, Migrant:innenorganisationen, Wissenschaftler:innen), Diskursen, politischen und rechtlichen Vorgaben (z. B. Nationaler Integrationsplan) sowie institutionellen Arrangements (z. B. der Einrichtung von Projekt- und Strukturförderung) antwortet es auf eine gesellschaftliche Problemlage: auf migrationsbezogene Ungleichheiten und bisher nicht eingelöste Teilhabeverprechen liberaler Demokratien, die in der «postmigrantischen Gesellschaft» (Foroutan 2019) immer deutlicher zum Gegenstand politischer Aushandlung werden. Das Dispositiv zielt erstens auf die *Inklusion* von einigen bisher exkludierten Bevölkerungsgruppen und will dies zweitens durch «*heterogene Kollaboration*» (Reckwitz 2021, 194) mit diesen Gruppen erreichen – insbesondere über das Aufgreifen und den Einbezug bestehender Selbstorganisation in staatliche Strukturen. Während das Dispositiv kollaborativer Inklusion zwar nicht auf das migrations- und integrationspolitische Feld beschränkt ist³, nimmt der vorliegende Beitrag dieses zum empirischen Ausgangspunkt seiner exemplarischen Analyse.

Dazu knüpfe ich an die Perspektive der Gouvernementalitätsstudien an, mit denen die Verschränkung von Fremd- und Selbstbestimmung, Macht- und Wis-

3 Es liegt ausserhalb des Rahmens dieses Beitrags, das Dispositiv kollaborativer Inklusion und seine Effekte auch entlang weiterer Diversitätsdimensionen zu rekonstruieren und nach jeweiligen Konvergenzen und Divergenzen zu fragen. Vgl. als einen möglichen Einsatz die Arbeiten zur Einhegung feministischer Bewegungen in staatliche Strukturen (u. a. Fraser 2013; Newman 2017).

sensordnungen sowie Staat und Zivilgesellschaft analytisch in den Blick genommen werden kann (Lemke 2000; Saar 2007; Bröckling und Krasmann 2010). Kooperationen zwischen Migrant:innenorganisationen und Verwaltungen analysiere ich insofern als Regierungstechnologien, in denen sich Rationalitäten und Programme des Regierens empirisch-praktisch artikulieren (Rose und Miller 2010). Kooperationen werden auf diese Weise gerade *wegen* des ihnen zugrundeliegenden Anspruchs von Partnerschaftlichkeit als machtvoll-praktische Praxis der Verhaltenssteuerung analysierbar, die «die Selbststeuerung der Subjekte» (Saar 2007, 34) konstitutiv voraussetzt und mit der ein prinzipiell offenes Feld von Handlungsalternativen vorstrukturiert wird (Gutiérrez Rodríguez 2003, 165). Kooperationen sind in dieser Lesart sowohl *steuernde* Technologien, die die beteiligten Akteure jeweils auf spezifische Weise subjektivieren und relationieren, als auch *steuerbare* Technologien, die wiederum zur Umsetzung spezifischer Rationalitäten – der Integration, der Entwicklung, der Rassismusbekämpfung – mobilisiert werden können.

Zwei Stränge der Gouvernementalitätsstudien sind für eine Analyse des Dispositivs kollaborativer Inklusion besonders bedeutsam. Zum einen wurden vielfach Regierungstechnologien des «sanften» (Bröckling 2017) Einbezugs kollektiver zivilgesellschaftlicher Akteure in staatliche Strukturen untersucht. Paradigmatisch dafür sind Forschungen über ein “governing through community” (Rose 1996) oder “through immigrant associations” (Pyykkönen 2007). Sie zeigen auf, wie Vertrauensverhältnisse bereits bestehender Gemeinschaften für staatliche Regierungsprogramme mobilisiert werden. Im Hinblick auf integrationspolitische Praktiken in Deutschland wurde die *Deutsche Islam Konferenz* als eine institutionalisierte Form des Dialogs analysiert, der Muslim:innen in einer kolonialen Zivilisierungstradition in liberale demokratische Subjekte zu transformieren suche und dafür auf die legitimierende Expertise «muslimischer Informant:innen» zurückgreife (Amir-Moazami 2011, 17; Hernández Aguilar 2017). Diese Studien arbeiten heraus, wie sich durch Praktiken kollaborativer Inklusion exkludierende Effekte für die Beteiligten ergeben können.

Diese Befunde verweisen auf einen zweiten relevanten Forschungsstrang an der Schnittstelle von Gouvernementalitäts- sowie post- und dekolonialen Studien, in dem Migrations- und Integrationspolitiken und ihre praktische Umsetzung als an koloniale Traditionen anknüpfende Regierungsprogramme analysiert werden (etwa Gutiérrez Rodríguez 2003; Ha 2010; Bojadžijev 2012; Castro Varela 2013; Korteweg 2017; Schinkel 2017; Gutiérrez Rodríguez 2018). Für den deutschen Kontext hat Gutiérrez Rodríguez (2003) früh herausgearbeitet, wie das integrationspolitisch erzeugte «Feld der Ethnisierung» Migrant:innen beständig als Andere konstruiert und sie einem paradoxen Anrufungsregime – mal als Objekte, mal als Entrepreneure – unterwirft. Diese Arbeiten zeigen auf, dass integrationspolitische Massnahmen auf ein Klassifizierungssystem der Kolonialität (Quijano 2007) rekurrieren und es reproduzieren, aber auch als staatliche Reaktion auf widerständige migrantische Praktiken zu lesen sind (Bojadžijev 2012). Sie machen deutlich, dass

auch die aktuelle «Politik der Anerkennung» (Dahinden und Bischoff 2010, 14) unter strukturell ethnizierenden Bedingungen stattfindet und betonen die paradoxen Artikulationsmöglichkeiten für die – meist als Individuen verstandenen – Akteure (Gutiérrez Rodríguez und Steyerl 2012). Inwieweit auch in Kooperationssettings mit *kollektiven* Akteuren ethnische Unterscheidungen wirksam werden oder aber verwischt werden (Piñeiro et al. 2019), ist empirisch näher zu untersuchen.⁴

Forschungspraktisch schlage ich vor, das Dispositiv kollaborativer Inklusion sowohl über Diskurse als auch anhand von Praxiszusammenhängen in organisationalen Feldern zu analysieren. In der nachfolgend präsentierten Studie habe ich erste Elemente einer solchen Heuristik entwickelt. Untersucht wurden Kooperationen zwischen Migrant:innenorganisationen und Kommunalverwaltungen im Hinblick auf die Frage, wie in diesen die Expertise von Migrant:innenorganisationen artikuliert wird und welche Bezugnahmen auf ethnizierende Unterscheidungen dabei erfolgen. Expertise wurde dabei möglichst offen als ein «Vermögen zum angemessenen Handeln» (Knoblauch 2010, 247) definiert. Sowohl die Standards von Angemessenheit als auch der Nachweis der Erfüllung dieser Standards durch einzelne Akteure unterliegen diskursiven und interaktionalen Aushandlungsprozessen. Expertise *hat* man insofern nicht einfach, sondern sie muss enaktiert werden (Carr 2010).

3 Dispositivanalytisches Forschungsdesign als «doppelte Empirie»

Methodologischer Ausgangspunkt der Fallstudie ist die im Rahmen der Dispositivanalyse (Bührmann und Schneider 2008; Bührmann 2012) forschungsleitende und u. a. von der interpretativen Subjektivierungsanalyse (Bosančić et al. 2019) aufgegriffene Unterscheidung zwischen *Subjektformierung* – hier: der diskursiven Anrufung von Migrant:innenorganisationen als Expertinnen und Kooperationspartnerinnen – und *Subjektivierungsweisen* – den empirisch-praktischen und potenziell abweichenden Selbst-Positionierungen in Kooperationszusammenhängen. Um beide Ebenen und deren Zusammenspiel in den Blick zu nehmen, wurden zwei Datentypen und damit verbundene methodische Zugänge im Sinne einer «doppelten Empirie» (Bosančić et al. 2019, 147) trianguliert: eine Analyse von praxisinstructiven Dokumenten über Kooperationen mit Migrant:innenorganisationen und eine Analyse von Experteninterviews mit Akteuren eines gemeinsamen lokalen Kooperationssettings.

In der Dokumentenanalyse habe ich drei Handreichungen aus den Jahren 2013 und 2014 untersucht, die sich affirmativ und handlungsanweisend auf Kooperationen von Migrant:innenorganisationen und Regelinstitutionen beziehen. Jede Handreichung adressiert dabei ein spezifisches Handlungsfeld von kommunaler Relevanz:

4 Für eine Studie, welche die Relevanz von Ethnizität als Deutungsmuster in Kooperationszusammenhängen mit religiösen Migrant:innenorganisationen betont, vgl. Schubert (2022).

- › Arbeitsmarktintegration (IQ 2013)
- › Bildungsintegration (SVR 2014)
- › Entwicklungspolitik (GIZ 2013).

Für die Auswahl dieses explorativen Samples waren mehrere Kriterien leitend: Durch die *thematische Kontrastierung* der Handreichungen sollte die Bandbreite gegenwärtiger Kooperationssettings berücksichtigt werden, um feldübergreifende Logiken herausarbeiten zu können. Die Handreichungen sollten zwar möglichst aktuell, aber noch im *Zeitraum* vor 2015 erschienen sein, da ich davon ausging, dass kommunale Akteure im «langen Sommer der Migration» (Hess et al. 2016, 6) gerade auf solche bereits bestehenden Praxishandreichungen zurückgreifen konnten. In Bezug auf die *institutionelle Sprechposition* sollten die Handreichungen aus der Feder von anerkannten intermediären Akteuren zwischen Verwaltungen und Migrant:innenorganisationen stammen, um einseitige Perspektiven zugunsten von entweder Kommunalverwaltungen *oder* Migrant:innenorganisationen zu vermeiden. Die Auswertung lehnte sich an die Wissenssoziologische Diskursanalyse (Keller 2011), spezifisch an die Phänomenstrukturanalyse an, mit der gefragt wird, wie Diskurse bei der Konstitution ihres Phänomens – hier: der Kooperationen – zugleich bestimmte Dimensionen relevant setzen, sie ausfüllen und miteinander relationieren. In diesem Sinne wurden die je 20 bis 30-seitigen Handreichungen zunächst dimensional und inhaltlich kodiert.⁵ Im zweiten Schritt wurde die Argumentationsstruktur der einzelnen Handreichungen untersucht und visualisiert, um dann nach dokumentenübergreifenden Mustern zu fragen. Im dritten Schritt wurden zentrale Schlüsselpassagen einer Feinanalyse unterzogen, wobei der Fokus auf wiederkehrenden Metaphern (Schmieder 2007) sowie Positionierungen und Zuschreibungen von Agency (Kruse 2015, 492–502) lag.

Die leitfadengestützten Experteninterviews (Bogner et al. 2005) wurden im Sommer 2018 in Berlin geführt. Interviewt wurden vier in kommunalen Kooperationen involvierte Akteure eines geteilten organisationalen Feldes (Walgenbach und Meyer 2008, 71–72). Bei den Interviewten handelt es sich um die Leiter:innen

- › einer Migrant:innenorganisation, die erst kürzlich eine Kooperation mit der Verwaltung begonnen hat,
- › einer Migrant:innenorganisation mit langjähriger kommunaler Kooperationserfahrung,
- › eines regionalen Dachverbands von Migrant:innenorganisationen
- › sowie um den Integrationsbeauftragten eines Bezirks.

5 Die folgenden Dimensionen erwiesen sich im Laufe der Dokumentenanalyse als zentral: Charakterisierung von Migrant:innenorganisationen (MO); Kompetenzen von MO; Bedingungen zur Entfaltung der Kompetenzen von MO; Hindernisse für Entfaltung der Kompetenzen von MO; Bezugnahme auf gesellschaftliche Probleme; Begründung für Kooperationen.

Der Feldzugang erfolgte über die Teilnahme an einer überregionalen Konferenz von Migrant:innenorganisationen, bei der ich den Vertreter des Dachverbands kennenlernte, der mir wiederum Kontakte zu anderen Akteuren des Feldes vermittelte. Den bezirklichen Integrationsbeauftragten fragte ich unabhängig an. Die Interviews basierten auf einem Leitfaden, der sechs Themenblöcke mit jeweils einer offenen Einstiegsfrage und konkretisierenden Nachfragen umfasste.⁶ Sie hatten eine Dauer von 70 bis 110 Minuten und wurden auf Deutsch und in einer weiteren Sprache geführt. Zentral für die Interviews war der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses, um auch Konflikte ansprechbar zu machen. Aus diesem Grund präsentiere ich die Ergebnisse in anonymisierter Form und verzichte auf ausführlichere Fallvignetten.

Berlin wurde als Fallbeispiel ausgewählt, weil der deutschen Hauptstadt bezüglich der Integrationspolitik im Allgemeinen (Kiepenheuer-Drechsler 2013) und der Förderung von Kooperationen mit Migrant:innenorganisationen im Besonderen (Hunger und Metzger 2011, 3) seit längerem eine Vorreiterrolle zugeschrieben wird. Gerade aufgrund seines richtungsweisenden Charakters ist dieser Kontext für eine Analyse aktueller Formate kollaborativer Inklusion besonders vielversprechend.⁷ Letzten Zählungen zufolge bestehen in Berlin 732 aktive Migrant:innenorganisationen (Sachverständigenrat 2020, 14). Das 2010 im Land Berlin in Kraft getretene *Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG)* schrieb ein enges Zusammenwirken von Integrationsbeauftragten und lokalen Migrant:innenorganisationen fest. Mit seiner Novellierung als *Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG)* im Jahr 2021 wurde die Einbindung von Migrant:innenorganisationen weiter gestärkt. Die Berliner Gesetzgebung und die so entstandenen Gelegenheitsstrukturen für Kooperationen lassen sich auch auf die jahrzehntelange Interessenvertretung von Migrant:innen- und weiteren Selbstorganisationen zurückführen.

Für das dispositivanalytische Forschungsdesign war es zentral, beide Analyseebenen – die Dokumentenanalyse und die Interviewanalyse – in einem iterativen Prozess miteinander zu relationieren und jeweilige (Zwischen-)Ergebnisse zur Schärfung der Aufmerksamkeit für die weitere Analyse zu nutzen. So flossen insbesondere erste Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse als Aufmerksamkeitsebenen in die Konstruktion der Interviewleitfäden mit ein. Gleichwohl wurde in der Fragebogenkonstruktion und in der weiteren Analyse darauf geachtet, Reifizierungen entgegenzuwirken und Zwischenergebnisse der Dokumentenanalyse nicht als automatisch relevant für die

6 Der Leitfaden wurde entsprechend des jeweiligen Organisationstyps – Migrant:innenorganisation, Dachverband, kommunales Integrationsbüro – leicht variiert. Der Interviewleitfaden für die Leiter:innen der Migrant:innenorganisationen umfasste etwa die folgenden Themenblöcke: Biografischer Einstieg, Entscheidung für kommunale Förderung, Rolle der Kommunalverwaltung für die Vereinstätigkeit, Erfahrungen in Kooperationsprojekten, subjektive Theorien der Kooperation, Reflexion der eigenen Arbeit.

7 Berlin stellt bezüglich seiner administrativen Verfasstheit als Stadtstaat einen für Deutschland eher speziellen lokalen Kontext dar. Die Berliner Bezirke gelten rechtlich zwar nicht als Gebietskörperschaften, lassen sich aber weitestgehend analog zu eigenständigen Kommunen betrachten, da sie ihre Aufgaben ebenfalls in Selbstverwaltung erfüllen (Lang 2019, 100–101).

befragten Expert:innen vorauszusetzen. Insofern ging ich etwa nicht davon aus, dass den Interviewpartner:innen jede einzelne der analysierten Handreichungen bekannt sind oder gar affirmative Grundlage ihres professionellen Handelns sein müssen. Jedoch basierte mein Vorgehen auf der Prämisse, dass die Expert:innen einigen der in den Dokumenten verbreiteten Muster und Zuschreibungen bereits begegneten und sie sich zu ihnen positionieren können. Da sich etwa die Anrufung der Migrant:innenorganisationen als «Brückenbauer» in der Dokumentenanalyse als zentral erwies, wurden die Interviewpartner:innen am Ende des Interviews nach ihrer Deutung des Begriffs gefragt, sofern sie die Anrufung nicht vorher schon selbst thematisierten. Durch den – von einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektivierung angeleiteten – Vergleich von in der Dokumentenanalyse identifizierten Mustern mit relevanten Interviewpassagen konnten sowohl Übereinstimmungs- und Brechungsverhältnisse herausgearbeitet werden.

Aufgrund der begrenzten Datenbasis hat die hier skizzierte Studie explorativen Charakter. Ihr Ziel ist nicht Generalisierung, sondern eine theoretisch fundierte und am empirischen Material entwickelte Heuristik zur exemplarischen Analyse des Dispositivs kollaborativer Inklusion. Die Studie kann zudem nur begrenzte Aussagen zu den Subjektivierungsweisen der Verwaltungsakteure machen, da der Schwerpunkt der Interviewstudie auf den Deutungen und Selbstpositionierungen der Vertreter:innen von Migrant:innenorganisationen lag. Sie wendet sich den Verwaltungsstrukturen also eher indirekt über ihre Kooperationspartner:innen und den Praxisanweisungen darüber zu, wie und warum Kooperationen gestaltet werden *sollten*. Dies ist zugleich eine Begrenzung wie auch eine Besonderheit des hier skizzierten Forschungsdesigns.

4 Mit «Brückenbauern» kooperieren: Konstruktion und Präsiktion von Expertise

Die zunehmende Praxis der Kooperation von öffentlichen Verwaltungen und Migrant:innenorganisationen manifestiert sich in der vermehrten Publikation von Handreichungen und Policy Papers, welche die Potenziale solcher Kooperationen ausloten und Ratschläge zu ihrer optimalen Gestaltung geben. Für kommunale Kooperationspraktiken ist diese Literatur nicht zu unterschätzen, lässt sie sich doch als Steuerungsversuch dessen verstehen, welche Ziele in den Kooperationen wie erreicht werden sollen. In der Dokumentenanalyse konnte ich über die institutionellen Spezifika der Handlungsfelder hinweg ein gemeinsames Muster der diskursiven Konstruktion von Expertise rekonstruieren, das sich in drei analytisch trennbaren Schritten vollzieht: die Übersetzung gesellschaftlicher Strukturprobleme in organisational bearbeitbare Problemkonstellationen (4.1), die Identifikation von Kompetenzen der Migrant:innenorganisationen, die als Problemlösungsstrategien

nutzbar gemacht werden sollen (4.2), und die Artikulation von Strategien der Steuerung dieser Kompetenzen (4.3). Diese diskursive Formierung von Expertise ist zugleich mit ethnisierenden Unterscheidungen verbunden.

4.1 Problemtransformation: Für welches Problem ist die Kooperation eine Lösung?

Die in den Handreichungen vorgeschlagenen Kooperationen zwischen Verwaltungen und Migrant:innenorganisationen werden nicht um ihrer selbst willen, sondern als Reaktion auf spezifische Problemlagen vorgeschlagen. Die Handreichungen beziehen sich dabei auf komplexe gesellschaftliche Strukturprobleme, die eng mit sozialen Ungleichheiten in den Feldern Bildung, Arbeit und Entwicklungszusammenarbeit verbunden sind: So verweist der Policy Brief *Migrantenorganisationen in der kooperativen Elternarbeit* (SVR)⁸ auf strukturelle Bildungsungleichheit und stellt fest, «insbesondere Schüler mit Migrationshintergrund [hätten] aufgrund herkunftsbedingter Nachteile schlechtere Ausgangsvoraussetzungen für einen erfolgreichen Bildungsverlauf» (SVR, 5). Die vom IQ-Netzwerk Integration durch Qualifizierung herausgegebene Handreichung *Migrantenorganisationen – in 10 Punkten* konstatiert in Bezug auf Arbeitsmarktintegration, «dass Menschen mit Migrationshintergrund überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind» (IQ, 11). Die von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung herausgegebene Handreichung *Mit Diasporagemeinschaften zusammenarbeiten* konstruiert implizit die Unterentwicklung von Ländern des Globalen Südens – den «Herkunftsländern» (GIZ, 7) der Diasporagemeinschaften –, die eine Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen nötig mache.

Da diese Problembeschreibungen jedoch weitestgehend diffus und insofern für die Adressat:innen – etwa kommunale Jobcenter, Jugendämter oder Beauftragte für kommunale Entwicklungszusammenarbeit – nicht unmittelbar bearbeitbar sind, nehmen die Dokumente in einem «Prozess der Zuschneidung» (Pfadenhauer 2005, 15) eine Übersetzung des jeweiligen Strukturproblems in einen konkreten Problemtypus vor. So wird etwa die komplexe Problemlage migrationsbezogener Bildungsungleichheit in das kooperativ bearbeitbare Problem der fehlenden individuellen Elternverantwortung von Menschen mit Migrationshintergrund übersetzt: Während dabei Elternverantwortung als «deutsche» Norm und Realität gesetzt wird – «im deutschen Bildungssystem tragen Eltern eine besonders grosse Mitverantwortung für die Zukunft ihrer Kinder» (SVR, 3) –, werden Eltern mit Migrationshintergrund als Abweichung von dieser Norm gedeutet: «Gerade Schülern mit Migrationshintergrund fehlen die nötigen familiären Unterstützungsstrukturen aber häufig, z. B. weil ihre Eltern aufgrund mangelnder Informationen, fehlender eigener Bildungsressourcen oder unzureichender Deutschkenntnisse nicht in der Lage sind, sie in der erforderlichen Weise zu fördern» (SVR, 3). In der Begründung

8 Zur besseren Lesbarkeit zitiere ich die analysierten Handreichungen lediglich in Kurzform.

dieses Mangels wird zum Teil explizit auf ethnisierende Problembeschreibungen zurückgegriffen, insofern etwa «Eltern aufgrund ihrer Herkunftskultur oder ihres Migrationshintergrunds ein alternatives Verständnis von Bildung und Erziehung» (SVR, 6) hätten. Für diese zugleich individualisierende und de-individualisierende Problematisierung (Schinkel 2017, 101) migrationsbezogener Bildungsungleichheit präsentiert der Policy Brief nun ein Kooperationsmodell als Lösung: Kooperative Elternarbeit unter Einbezug von Migrant:innenorganisationen sei der «Ansatz zum Ausgleich dieser Nachteile» (SVR, 5).

Ungeachtet der einzelnen, zwischen den Dokumenten durchaus variierenden Begründungsmuster, ist der Schritt der Problemtransformation für alle analysierten Handreichungen gleichermaßen entscheidend: Erstens findet eine «Definition des Problems aus der Verwaltung der Lösung» (Pfadenhauer 2005) statt, wobei die Komplexität der Problemlage – im Fallbeispiel mittels Individualisierung und Ethnisierung – dergestalt reduziert wird, dass die empfohlene Kooperation eine Lösung dieser Problemlage verspricht. Zweitens wird im Rahmen der Problemkonstellierung über natio-ethno-kulturelle Grenzziehungspraktiken (Mecheril 2003) ein Gesellschaftsbild konstruiert, das aus zwei dichotomen Räumen besteht: jenem der «Aufnahmegesellschaft» (IQ) bzw. «Mehrheitsgesellschaft» (IQ, SVR), in dem auch die (Regel-)Institutionen verortet werden, sowie jenem der «Menschen mit Migrationshintergrund» (IQ, SVR), der ausserhalb des ersten Raumes imaginiert wird.⁹ Mit dieser Rahmung des Problems vollzieht sich drittens eine asymmetrische Verantwortungszuschreibung: Arbeitsmarkt- und Bildungsintegration sowie Entwicklung müssten mithilfe der «Zielgruppe» (IQ, 7) selbst erfolgen, die die Integrations- und Entwicklungsstandards des hegemonialen Raumes noch zu erreichen habe und folglich zum Interventionsobjekt wird. Doch eben diese Zielgruppe ist für die Regelinstitutionen unerreichbar, ihre «Ansprache und Einbeziehung bislang wenig erfolgreich» (SVR, 5). Eine Lösung dieses Zugangsproblems verspricht das Wissen und Können der Migrant:innenorganisationen.

4.2 Problemlösung: Die Nutzbarmachung von Expertise in der Kooperation

«In der Diaspora «schlummern» viele [...] relevante Kompetenzen» (GIZ, 8), die in Kooperationen aktiviert und in Wert gesetzt werden können. Es ist ihre singuläre Verortung an der Schnittstelle beider Räume, die Migrant:innenorganisationen zu Expertinnen des Zugangs und zu einem elementaren Bestandteil der Problemlösung machen soll. In den Handreichungen konnte ich drei Schlüsselkompetenzen identifizieren, die den Migrant:innenorganisationen zugeschrieben werden. Erstens wird ihnen eine spezifische *Vermittlungskompetenz* attestiert: Als «Kreis von Experten, der

9 Im Unterschied dazu rekurriert die Handreichung aus dem Feld der Entwicklungszusammenarbeit (GIZ) auf eine globale Rahmung, die auf der Leitunterscheidung entwickeltes Deutschland/zu entwickelnde Herkunftsländer basiert. Dabei zeigt sich eine identische Konstruktionslogik von Problem und Lösung, die sich aber auf einer anderen Ordnungsebene des Sozialen abspielt.

«zwischen den Welten» lebt» (GIZ, 3) oder «als Mittler zwischen Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung» (SVR, 8) sind sie ein Bindeglied zwischen beiden Räumen; ihr spezifisch situiertes Wissen stelle einen «komparativen Vorteil als Vermittler» (GIZ, 3) dar. Eine Schlüsselmetapher, die aus der räumlich-relationalen Metaphorik der Dokumente hervorsticht, ist die des «Brückenbauers»: «Migrantenorganisationen «bilden Brücken zwischen Einwanderern und deren Familien und der einheimischen Bevölkerung» (SVR, 5). Sie sind «Brückenbauer für den Zugang zu Beruf und Arbeitsmarkt» (IQ, 17) und «Brückenbauer zwischen Herkunfts- und Ankunftsland» (GIZ, 7). In Bezug auf das genannte Gesellschaftsbild ist die Metapher der Brücke aufschlussreich, suggeriert die Überbrückung einer Dichotomie doch – wie schon Simmel (1957, 1) feststellte – ihre gleichzeitige Intakthaltung: «Praktisch wie logisch wäre es sinnlos, zu verbinden, was nicht getrennt war, ja, was nicht in irgendeinem Sinne auch getrennt bleibt».

Migrant:innenorganisationen wird zweitens eine besondere *Fürsorgekompetenz* zugeschrieben. Ihnen werde von der Zielgruppe Vertrauen entgegengebracht, sie «sind in der Community als Anlaufstelle für alle Lebenslagen bekannt», könnten «unkomplizierte und schnelle «erste Hilfe» leisten» (IQ, 16) und böten «emotionalen Beistand und einen Umgang auf Augenhöhe» (IQ, 17). Ihre Fürsorge beruhe auch auf einem als geteilt angenommenen Erfahrungs-, Kultur- und Sprachhintergrund, welcher eine besondere affektive Bindung nach sich ziehe. Es scheint gerade diese affektive Bindung zu sein, die in Kooperationen zum Ausgangspunkt wirksamer Gefühlsarbeit gemacht werden kann. Dabei wird den Migrant:innenorganisationen unter anderem zugeschrieben, dysfunktionale Affektlagen von Migrant:innen stabilisieren und transformieren zu können: «vermeintliche Scham- und Ausgrenzungsgefühle können aufgefangen werden», es entstehe «eine Art Heimatgefühl, das für eine stabilisierende Ausgangssituation sorgt» (IQ, 16). Damit wird freilich die Möglichkeit eröffnet, zwischen Gefühlslagen der Zielgruppe und institutionell erwarteten Gefühlsregeln (Hochschild 1979) zu vermitteln.

Ein drittes Artikulationsmuster bezieht sich auf die *Informationskompetenz* der Migrant:innenorganisationen. Ihre enge Eingebundenheit in die Zielgruppe ermögliche ihnen «einen tieferen Einblick in die Lebenssituation und Bedürfnisse» (GIZ, 7) und mache sie zu einem «Expertengremium für die Zielgruppe» (IQ, 17), das über Informationen verfügt, welche die Regelinstitutionen nicht haben. Sie «erschliessen sich Bedarfe» und identifizieren «Angebotslücken» (IQ, 16), sind Seismografen für Einstellungen und Bewertungen (GIZ, 14). Aufgrund ihrer Kenntnis der Bedürfnislage könnten sie zudem den Informationsfluss von Regelinstitutionen hin zur Zielgruppe optimieren. So könnten etwa «migrantenspezifische Stolpersteine erkannt und beseitigt werden» (IQ, 11) und bessere Passungsverhältnisse der Angebote von öffentlichen Verwaltungen geschaffen werden.

4.3 Optimierung: Kooperationsverhalten und -steuerung

Damit die Expertise der Migrant:innenorganisationen in Kooperationen bestmöglich wirksam werden kann, unterbreiten die Handreichungen konkrete Verfahrensvorschläge zu ihrem optimalen Einsatz und den notwendigen Rahmenbedingungen. Betont wird durchweg die Wichtigkeit eines Verhältnisses als «gleichberechtigte Partner» (SVR, 8). Entscheidend für eine produktive Kooperation sei, dass die Komplementarität der Expertisen beider Beteiligten genutzt werde und sich ihre «Stärken und Möglichkeiten [...] gut ergänzen» (GIZ, 15). Während allein in einer Handreichung (IQ) auch die Regelinstitutionen zu einer umfassenderen Reflexion ihrer eigenen Strukturen und ihrer möglichen Wirkungen auf Kooperationen angeleitet werden, beziehen sich die meisten Verfahrensvorschläge auf eine Steuerung des Kooperationsverhaltens der Migrant:innenorganisationen, von denen ich im Folgenden zwei exemplarische Muster herausgreife.

Erstens wird die *Notwendigkeit von Professionalisierung* betont. Die Kooperation mit öffentlichen Trägern konfrontiert die Migrant:innenorganisationen mit administrativen Anforderungen, die sie aufgrund ihrer häufig ehrenamtlichen Struktur und prekären Finanzierung nicht immer erfüllen können. Dies löst einen Professionalisierungssog aus: Die Organisationen müssten mit den feldspezifischen «formalen Anforderungen (Verwendungsnachweise, Projektberichte etc.) vertraut gemacht werden» (GIZ, 15) und sich intensiv in Methoden des Projektmanagements, Controllings und Monitorings einarbeiten. Die Professionalität der Migrant:innenorganisationen wird gleichzeitig zur Voraussetzung und zum Effekt der Kooperation erklärt.

Ein zweites Muster bezieht sich auf die potenzielle Gefahr, dass Kooperationen mit Migrant:innenorganisationen aus dem Ruder laufen und die organisationalen Ziele verfehlen könnten. So könne die Kooperation mit einem Akteur Repräsentationskonflikte auslösen, insofern «Rivalitäten und Konflikte unter Diasporagemeinschaften desselben Herkunftslandes bestehen können» (GIZ, 12). Zudem könne die Kommunikation zwischen der Diasporaorganisation und der Zielgruppe, die es durch ihre Vermittlungskompetenz erst zu erreichen gilt, scheitern. Insofern rät die Handreichung aus dem entwicklungspolitischen Feld zu *Praktiken der Risikominimierung*, etwa ein enges Monitoring (GIZ, 15) und eine Kontrolle der Eignung des Projektpartners durch direkte Kontaktierung der Zielgruppe (GIZ, 9). Dadurch werden Gefahren der Kooperation in organisational beobachtbare Risiken überführt (Luhmann 1991, 6). Gänzlich auflösbar sind solcherlei Risiken aber aufgrund eines Dilemmas, das den Kooperationen und ihrer Kombination von Selbst- und Fremdsteuerung konstitutiv zugrunde liegt, nicht: Denn die Regelinstitutionen sind gerade auf die relative Autonomie, auf die Kreativität und das Engagement der Migrant:innenorganisationen angewiesen, um Probleme zu lösen, die sie selbst nicht lösen können. Eine zu starke Kontrolle würde bedeuten, dass die Migrant:innenorganisationen die “Ownership” (GIZ, 15) über das Projekt verlieren

würden – und damit ihren «eigenen Beitrag» (GIZ, 15) nicht zur Geltung bringen können. Ohne Kontrolle hingegen könnte die Kooperation den institutionellen Anforderungen und Zielen entgleiten. Insofern wird öffentlichen Verwaltungen ein permanentes Monitoring dieses Dilemmas nahegelegt.

Ich interpretiere die analysierten Policy Papers und Handreichungen als Versuche der Herstellung «epistemischer Autorität» (Voß und Freeman 2016, 22) über Kooperationen und als Versuche ihrer praktischen Vorstrukturierung. Eine zentrale Rolle wird dabei der Vermittlungs-, Fürsorge- und Informationskompetenz der Migrant:innenorganisationen zugeschrieben, die eine Implementation von (für öffentliche Institutionen) innovativen Problemlösungsstrategien erst möglich mache. Dabei werden die Selbstorganisationen – ähnlich wie im finnischen administrativen Diskurs (Pyykkönen 2007) – als eine nutzbare Technologie zur Implementierung von Integrations- und Entwicklungsmaßnahmen beschrieben, aber auch selbst zum Gegenstand von Regierungsanstrengungen gemacht. Kooperation als Regierungstechnologie ist in den analysierten Handreichungen implizit, teils auch explizit an Ethnisierung gekoppelt: Implizit basiert sie auf einer ethnisierenden Problem-/Lösungskonstruktion, in der Menschen mit Migrationshintergrund dichotom von der Mehrheitsgesellschaft und ihren Institutionen unterschieden werden, wobei erstere als zu verwaltende Gruppe konstruiert werden, in deren Verhalten zur Problemlösung interveniert werden müsse (Gutiérrez Rodríguez 2003; Ha 2010). Teilweise wird Ethnizität diskursiv als Problemursache bestimmt (alternatives Bildungsverständnis), mitunter aber auch als Ressource zur Problemlösung aufgerufen (Fürsorgekompetenz aufgrund gemeinsamer affektiver Bindungen).

5 «Brückenbauer klingt nett ...»: Kooperation zwischen Ermöglichung und Begrenzung

Inwiefern schlagen sich die in den Handreichungen artikulierten Rationalitäten und die Anrufungen von Migrant:innenorganisationen als Expertinnen in kommunalen Kooperationssettings nieder? Der folgende Abschnitt interpretiert, wie die interviewten Migrant:innenorganisationen die Anrufung als Brückenbauer deuten (5.1) und sich in zwei unterschiedlichen Modi der Selbstpositionierung praktisch mit ihr auseinandersetzen (5.2).

5.1 «Brücke sein»: Paradoxien der Anerkennung

In den Ausführungen der Vertreter:innen von Migrant:innenorganisationen zum Begriff des Brückenbauers zeigt sich ein geteiltes Deutungsmuster dieser Anrufung als zugleich ermöglichend und beschränkend: So nahmen eine Migrant:innenorganisation und der Dachverband den Begriff affirmativ als Selbstbeschreibung in ihren Flyern auf, kritisierten ihn und die dahinterliegende Positionierung in den

Interviews jedoch zugleich als degradierend, fremdbestimmt und instrumentell. In der Präsentation des organisationalen Selbst greifen die Vertreter:innen somit auf eine klare Unterscheidung von Vorder- und Hinterbühne zurück. Zwei Deutungen der Anrufung als Brückenbauer, wie sie die Organisationen auf der Hinterbühne thematisieren, werden im Folgenden vorgestellt: Kooptation und Passivierung.

Für den Vertreter der jungen Migrant:innenorganisation ist die Anrufung eine Klassifikation, mit der die Aktivitäten der Organisationen für die Ziele der Verwaltung kooptiert werden: «Brückenbauer klingt nett, aber es ist trotzdem noch Brückenbauer, was von oben herab ist, also top down. Es war niemals der Vorschlag [...] der Community, dass der Verein Brückenbauer sein sollte zum Staat oder zur Verwaltung». Die Bezirksverwaltungen griffen ihm zufolge erst im Anschluss an das *PartIntG* und das dadurch institutionalisierte Programm der interkulturellen Öffnung auf diese Anrufung zurück. Zu diesem Zeitpunkt sei der Verwaltung noch nicht bewusst gewesen, «dass es in Deutschland auch andere Menschen ausser Hinz und Kunz» gebe. Damit die Bezirksverwaltung die Vielfalt der Bevölkerung jenseits von «Hinz und Kunz» erst wahrnehmen und für die Verwaltung gewinnen könne, greife sie auf Migrant:innenorganisationen zurück, um «diesen Kontakt herzustellen». Die Expertise seiner Organisation wurde vom Bezirk in dem Moment stark nachgefragt, als sich die Community, die der Verein repräsentiert, aufgrund neuer Zuwanderung stark vergrößerte und die Verwaltung nach Wegen suchte, diese Gruppe stärker zu erreichen. In der Deutung des Interviewten ist der Moment der Anerkennung von Migrant:innenorganisationen als «Brückenbauer» ambivalent: Mit dem Einbezug in Politiken interkultureller Öffnung wurden sie zugleich anerkannt und auf die «altmodische» Aufgabe der Vermittlung fixiert: «dann nimmt man die ernst und dann stempelt man denen direkt einen Begriff zu namens Brückenbauer». Es ist dieser Akt des Labelns, in dem Organisationen mit vielfältigen Tätigkeitsbereichen auf eine einzige Funktion reduziert werden, die der Interviewte als «degradierend» erlebt.

Auch die Vertreterin der älteren Migrant:innenorganisation setzt sich kritisch mit der Anrufung auseinander. Am Beispiel der Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten eines bezirklichen Jobcenters schildert sie die mit der Anrufung einhergehende Erwartung, lediglich Informantin zu sein: «Wir sollen eine Informationsbrücke sein, aber mehr, eine andere Form von Kooperation [...], da lässt sich nichts bewegen». «Brücke sein» meint für die Interviewte eine Fixierung ihrer Organisation auf eine passive Vermittlungsrolle und insofern eine Blockade der Ziele ihrer eigenen Organisation. Für sie ist die eigentliche Frage, «was nach der Brücke passiert»: Sie will nicht vermitteln, sondern die monolingualen Strukturen der Verwaltung zugunsten einer Anerkennung von Mehrsprachigkeit als Potenzial verändern. Doch für viele bezirkliche Kooperationspartner sei diese Rolle schlichtweg nicht denkbar: «Wir vermitteln die Informationen [...] und ich denke, dass sie das zu schätzen wissen, aber sie können sich uns jenseits dessen nicht vorstellen». Während ihre Organisation also die Rolle des Brückenbauers mitspielt, deutete ich

den Kern ihrer Arbeit darin, in unterschiedlichen Projekten Stück für Stück die Brücke zu verlassen und zu versuchen, auf eine stärkere Institutionalisierung von Mehrsprachigkeit in der Verwaltung hinzuwirken.

Die Anrufung der Migrant:innenorganisationen als Brückenbauer interpretiere ich im Anschluss an die soziale Bewegungsforschung als diskursive Praxis der Fragmentierung (Uitermark und Nicholls 2014, 976–977): Über eine «territorial encapsulation» werden die Organisationen entlang integrationspolitischer Erwartungen auf einen spezifischen Sektor (den Zwischenraum von Verwaltungen und Menschen mit Migrationshintergrund), ein Themenfeld (Integrationsförderung) und eine Zielgruppe (Menschen mit Migrationshintergrund) fixiert.¹⁰ Das stellt die interviewten Organisationen vor ein Paradox gleichzeitiger Anerkennung und Disziplinierung (Hernández Aguilar 2017): Um sich mit ihrer Expertise hörbar zu machen, müssen sich die interviewten Migrant:innenorganisationen affirmativ auf diese integrationspolitischen Erwartungen und ihre ethnisierenden Prämissen beziehen, die aber ihr Kritikpotenzial entpolitisieren und abschwächen (Gutiérrez Rodríguez 2012). Es sind diese Prämissen, welche erstens die Institutionalisierung einer alternativen Problemdefinition (etwa die Problematisierung des Monolingualismus der Bezirksverwaltung statt der Deutschkenntnisse von Migrant:innen) und zweitens die Anerkennung und Einbeziehung ihrer Expertise in nicht primär integrationsbezogene Verwaltungsstrukturen – etwa die Jugendhilfe oder das Jobcenter – erschweren.

5.2 Ausgestaltung und Transgression: Organisationale Selbstpositionierungen

Die Interviews zeigen, dass alle Beteiligten hoch reflexiv mit dem Paradox umgehen und Strategien entwickelt haben, um die in Kooperationssettings eröffneten Räume von Ermöglichung und Begrenzung zu manövrieren. Dabei verfolgen die befragten Migrant:innenorganisationen ihre Agenda nicht über die Disruption institutioneller Logiken, sondern als “movements *within* institutions” (Schneiberg und Lounsbury 2017, 288) über konstruktive Versuche der Institutionalisierung alternativer Rahmungen und Praktiken. Dafür sind nicht nur die Praktiken einzelner Organisationen wichtig, sondern auch die Aktivitäten des Dachverbands: Dieser ist nicht nur aufgrund der Professionalisierungsangebote wichtig, die oftmals die Voraussetzung für das Zustandekommen einer städtischen Projektförderung sind; er schafft zudem einen Koordinationsraum für die Mitgliedsorganisationen, in dem Bündnisse geschlossen, politische Strategien entwickelt und nicht zuletzt durch Arbeitsteilung und Spezialisierung der Expertisen Konkurrenzen zwischen Migrant:innenorganisationen abgemildert werden sollen.

10 Auch ein weiterer Mechanismus der Fragmentierung greift in dem hier untersuchten Kooperationssetting: Als “temporal delineation” bezeichnen Uitermark und Nicholls (2014, 976–977) die über Mittel der Förderpolitik und des Projektmanagements erfolgende zeitliche Kontrolle des Einbezugs, wodurch zivilgesellschaftliche Akteure als Manager:innen kleinteiliger sozialer Probleme subjektiviert und längerfristige Kämpfe kooptiert würden.

Auf der Ebene der einzelnen Migrant:innenorganisationen liessen sich in den Interviews zwei unterschiedliche Strategien organisationaler Selbstpositionierung herauskristallisieren, mit denen sie in Kooperationssettings versuchen, ihre Expertise zur Geltung zu bringen: Erstens ist die performative *Ausgestaltung der normativen Anrufung* beobachtbar, als Migrant:innenorganisation zentrale integrationspolitische Partnerin des Bezirks zu sein. Für diesen Zweck ist auch die Selbstmarkierung der Organisation als *Migrant:innenorganisation* wichtig. Die Selbstdarstellung ihrer Expertise muss sich dabei an den Prämissen und Problematisierungen des Integrationsparadigmas bewähren. Dabei können jedoch graduelle Verschiebungen der in den Kooperationen zirkulierenden *frames* erfolgen. So konnte etwa die erfahrene Migrant:innenorganisation durch Systematisierungs- und Netzwerkarbeit Mehrsprachigkeit als legitimes «Integrationsthema» etablieren. Dieser Prozess wurde aber auch begünstigt durch einen Wechsel der bezirklichen Integrationsbeauftragten, durch den sich neue Gelegenheitsstrukturen für ihr Anliegen ergeben haben. Dennoch bleiben die Organisationen Expertinnen für Integration und den Zugang zu «ihrer» Zielgruppe.

Davon zu unterscheiden ist eine zweite Strategie – das *Loslösen von der normativen Anrufung* –, durch die sich Organisationen mittels ihrer organisationalen Selbstpositionierung von der Fixierung auf Integrationsthemen und migrantische Zielgruppen zu lösen versuchen. Damit einher geht die zumindest situative Aufgabe der partikularen Markierung als *Migrant:innenorganisation* und die Ausrichtung an einer anderen Positionierung als Kollektivsubjekt (etwa als Träger der Jugendhilfe), mit der sich die Anforderungen und der Geltungsbereich ihrer Expertise verschieben. Zu dieser Strategie ging nach jahrelanger integrationsbezogener Kooperationsarbeit auch die erfahrene Migrant:innenorganisation über, um die Fixierung auf Integration und Migrant:innen zu umgehen und das Thema Mehrsprachigkeit in einem allgemeinen bildungspolitischen Kontext zu etablieren. Mit diesem Professionalisierungsprozess rückt auch die migrantische Markierung der Organisation in den Hintergrund: So «traue» sich der Geschäftsführer des Dachverbands nicht, diese und andere Mitgliedsorganisationen als Migrant:innenorganisationen zu bezeichnen, «weil die sind professionelle Träger in der Jugend- und Familienarbeit, die sind auch anerkannt und haben auch Leistungsverträge». Die Transformation dieser kollektiven Subjektkategorie wurde auch von dem interviewten bezirklichen Integrationsbeauftragten unterstützt. Dieser machte die Ziele der Organisation «ein Stück weit auch zu [seinem] Auftrag», überzeugte andere Ämter von der Passung der Migrant:innenorganisation zu kommunalen Zielen und konstituierte so die neue, post-integrationistische Professionalität der Organisation performativ mit.

6 Fazit

Der Beitrag präsentierte die Ergebnisse einer Studie zur Enaktierung der Expertise von Migrant:innenorganisationen in kommunalen Kooperationssettings in Deutschland. Ausgangspunkt der Analyse ist die gegenwärtige Formierung eines *Dispositivs kollaborativer Inklusion*, in dem die Kompetenzen zivilgesellschaftlicher Organisationen zunehmend wertgeschätzt und für staatliche Inklusionsprogramme nutzbar gemacht werden. Zur Untersuchung dieser Prozesse habe ich im Anschluss an gouvernementalitätstheoretische Überlegungen und auf der Basis einer explorativen Analyse Elemente einer dispositivanalytischen Heuristik entwickelt. Mit dieser geraten einerseits Programme des Regierens und damit verbundene Subjektformierungen in den Blick – wer soll wie regiert werden? –, andererseits deren empirische Aushandlungen und Subjektivierungsweisen in lokalen Praxiszusammenhängen.

Die Dokumentenanalyse von praxisinstructiver Literatur über Kooperationen mit Migrant:innenorganisationen zeigte, dass diese diskursiv als Expertinnen des Brückenbauens zwischen der öffentlichen Verwaltung und als natio-ethno-kulturell different imaginierten Zielgruppen angerufen werden. Migrant:innenorganisationen wird eine spezifische Expertise in Form von Vermittlungs-, Informations- und Fürsorgekompetenz gegenüber migrantischen Communities zugeschrieben. Dadurch wird ihnen eine relevante Problemlösungskompetenz attestiert, die Kommunalverwaltungen selbst nicht besäßen. Die Interviews mit Akteuren eines Kooperationssettings in Berlin offenbarten hingegen die Paradoxien dieser Subjektivierungsform. Ausserdem zeigten sie Strategien der Selbstpositionierung, mit denen die Migrant:innenorganisationen das in Kooperationen aufgespannte Spannungsfeld von Ermöglichung und Begrenzung aushandeln.

Deutlich wurde zudem die partielle Bezugnahme auf ethnisierende Kategorisierungen: Kooperationen zwischen Kommunalverwaltungen und Migrant:innenorganisationen werden zum einen als Lösung von ethnisierten politischen Problemen mobilisiert. Zum anderen ist die in Kooperationen enaktierte Expertise der Migrant:innenorganisationen als Brückenbauer selbst in ethnisierende integrationspolitische Diskurse und Praktiken eingebettet. Dadurch wird die Reichweite ihrer Expertise und die Geltungsmacht ihrer kollektiven Subjektposition auf als migrantisch definierte Handlungsfelder festgelegt. Ihr Einbezug in generische Verwaltungsstrukturen und -fragen wird so zu einer Herausforderung, die sowohl Migrant:innenorganisationen als auch Verwaltungsmitarbeitende hoch reflexiv und strategisch aushandeln müssen. Weitere Forschung sollte insbesondere die in Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren angestossenen Aushandlungsprozesse und deren verwaltungsinterne Prozessierung auch aus der Perspektive der – selbst diversen – Verwaltungsmitarbeitenden in den Blick nehmen.

Um die Interaktionen zwischen öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft, aber auch deren zunehmende politische Steuerungsversuche zu analysieren

und auf ihre Machteffekte hin zu befragen, bedarf es stärker dezentrierter und relationaler Forschungsperspektiven. Einen produktiven Einsatz stellt der Foucaultsche Dispositivbegriff dar, mit dem die Schnittstelle von Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung als komplexes Ensemble analysierbar wird, das auf spezifisch gerahmte Problemlagen reagiert (Bühmann und Schneider 2008).¹¹ Migrant:innenorganisationen und öffentliche Verwaltungen werden in dieser Lesart in den stattfindenden Aushandlungsprozessen jeweils erst als kollektive Akteure subjektiviert (Alkemeyer und Bröckling 2018). Zu fragen wäre, inwiefern es dabei jeweils zu einer Relevanz- oder Irrelevanzsetzung von ethnizierenden Unterscheidungen und insofern zu Transformationen von Rassismus als einem dynamischen Verhältnis (Bojadžijev 2012) kommt. Im Falle Deutschlands gilt dieses Desiderat insbesondere auf Bundesebene, wo sich das Dispositiv kollaborativer Inklusion in jüngster Vergangenheit zunehmend formiert und die Expertise migrantischer und postmigrantischer Organisationen vermehrt einbezogen wird.¹² Wichtig wäre zudem, diesen Fragen systematisch in international vergleichender Perspektive nachzugehen.

7 Danksagung

Dank gebührt meinen Interviewpartner:innen für die Offenheit, mir von ihrer institutionellen Welt und dem Handeln in ihr zu erzählen. Zudem danke ich Ulrich Bröckling, Andrea D. Bühmann und Nelly Schubert sowie den beiden anonymen Gutachter:innen für wertvolle Hinweise und Anregungen zum Manuskript.

8 Literatur

- Ahmed, Sara. 2012. *On Being Included. Racism and Diversity in Institutional Life*. Durham/London: Duke University Press.
- Alkemeyer, Thomas und Ulrich Bröckling. 2018. Jenseits des Individuums: Zur Subjektivierung kollektiver Subjekte. Ein Forschungsprogramm. S. 17–32 in *Jenseits der Person. Zur Subjektivierung von Kollektiven*, hrsg. von Thomas Alkemeyer, Ulrich Bröckling und Tobias Peter. Bielefeld: transcript.
- Amir-Moazami, Schirin. 2011. Dialogue as a Governmental Technique: Managing Gendered Islam in Germany. *Feminist Review* 98: 9–27.
- Bogner, Alexander, Beate Littig und Wolfgang Menz. 2005. *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bojadžijev, Manuela. 2012. *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. 2. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.

11 Dies schliesst auch die sozialwissenschaftliche Forschung ein, die immanenter Bestandteil der Relationen ist, die sie analysiert.

12 Ein Beispiel ist der 2020 in Deutschland eingerichtete Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, in dem auch Migrant:innenorganisationen angehört wurden. Vgl. dazu auch die Stellungnahmen der Bundeskonferenz der Migrant:innenorganisationen.

- Bosančić, Saša, Lisa Pfahl und Boris Traue. 2019. Empirische Subjektivierungsanalyse: Entwicklung des Forschungsfeldes und methodische Maximen der Subjektivierungsforschung. S. 135–150 in *Diskursive Konstruktionen. Kritik, Materialität und Subjektivierung in der wissenssoziologischen Diskursforschung*, hrsg. von Saša Bosančić und Reiner Keller. Wiesbaden: Springer VS.
- Brockling, Ulrich. 2017. *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*. Berlin: Suhrkamp.
- Brockling, Ulrich und Susanne Krasmann. 2010. Ni méthode, ni approche. Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien – mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung. S. 23–42 in *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*, hrsg. von Johannes Angermüller und Sylke van Dyk. Frankfurt: Campus.
- Bührmann, Andrea D. 2012. Das unternehmerische Selbst: Subjektivierungsform oder Subjektivierungsweise? S. 145–164 in *Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung*, hrsg. von Reiner Keller, Werner Schneider und Willy Viehöver. Wiesbaden: Springer VS.
- Bührmann, Andrea D. 2020. *Reflexive Diversitätsforschung. Eine Einführung anhand eines Fallbeispiels*. Opladen/Toronto: Budrich.
- Bührmann, Andrea D. und Werner Schneider. 2008. *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld: transcript.
- Carr, E. Summerson. 2010. Enactments of Expertise. *Annual Review of Anthropology* 39: 17–32.
- Castro Varela, María do Mar. 2013. *Ist Integration nötig? Eine Streitschrift*. Berlin: Lambertus.
- Dahinden, Janine und Alexander Bischoff. 2010. Integration unter den Bedingungen gesellschaftlicher Vielfalt und Transnationalität – einige Reflexionen. S. 7–34 in *Dolmetschen, Vermitteln, Schlichten – Integration der Diversität?*, hrsg. von Janine Dahinden und Alexander Bischoff. Zürich: Seismo Verlag.
- Dahinden, Janine und Joëlle Moret. 2008. Transnationale Aktivitäten serbischer und kosovarischer Migrantenorganisationen in der Schweiz. S. 235–248 in *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik: Migration und Entwicklung: Eine Zweckallianz*, hrsg. von Denise Efiönayi-Mäder, Alessandro Monsutti, Gérard Perroulaz und Catherine Schümperli Younossian. Genf: The Graduate Institute.
- Emirbayer, Mustafa. 1997. Manifesto for a Relational Sociology. *The American Journal of Sociology* 103(2): 281–317.
- Foroutan, Naika. 2019. *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.
- Foucault, Michel. 1978. *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.
- Fraser, Nancy. 2013. *Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis*. London: Verso.
- Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Centrum für internationale Migration und Entwicklung. 2013. *Mit Diasporagemeinschaften zusammenarbeiten. Orientierungen für die Praxis*. Bonn und Eschborn: GIZ. (zitiert als: GIZ)
- Goëke, Pascal. 2010. Migrantenorganisationen – eine systemtheoretische Skizze. S. 115–141 in *Jenseits von «Identität oder Integration»: Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*, hrsg. von Ludger Pries. Wiesbaden: VS.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación. 2003. Gouvernementalität und die Ethnisierung des Sozialen. Migration, Arbeit und Biopolitik. S. 161–178 in *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*, hrsg. von Encarnación Gutiérrez Rodríguez und Marianne Pieper. Frankfurt/New York: Campus.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación. 2012. Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik. S. 17–37 in *Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, hrsg. von Encarnación Gutiérrez Rodríguez und Hito Steyerl. Münster: Unrast.

- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación. 2018. The Coloniality of Migration and the “Refugee Crisis”: On the Asylum-Migration Nexus, the Transatlantic White European Settler Colonialism-Migration and Racial Capitalism. *The Refuge. Canada’s Journal on Refugees* 34(1): 16–28.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación und Hito Steyerl (Hrsg.). 2012. *Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster: Unrast.
- Ha, Kien Nghi. 2010. Integration as a Colonial Pedagogy of Postcolonial Immigrants and People of Colour: A German Case Study. S. 161–177 in *Decolonizing European Sociology. Transdisciplinary Approaches*, hrsg. von Manuela Boacă, Sergio Costa und Encarnación Gutiérrez Rodríguez. Farnham: Routledge.
- Haase, Marianne und Bettina Müller. 2012. *Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenorganisationen. Potenziale für die Integration in Deutschland?* Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl.
- Halm, Dirk, Martina Sauer, Saboura Naqshband und Magdalena Nowicka. 2020. *Wohlfahrtspflegerische Leistungen von säkularen Migrantenorganisationen in Deutschland, unter Berücksichtigung der Leistungen für Geflüchtete*. Baden-Baden: Nomos.
- Hernández Aguilar, Luis Miguel. 2017. Suffering Rights and Incorporation. The German Islam Conference and the Institutionalization of Islam In Germany. *European Societies Journal* 19(5): 623–644.
- Hess, Sabine et al. (Hrsg.). 2016. *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Hochschild, Arlie R. 1979. Emotion Work, Feeling Rules, and Social Structure. *American Journal of Sociology* 85(3): 551–575.
- Hunger, Uwe und Stefan Metzger. 2011. *Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge*. Münster: BAMF.
- IQ-Netzwerk Integration durch Qualifizierung. 2013. *Migrantenorganisationen – in 10 Punkten. Broschüre herausgegeben im Rahmen des Projektes Koordination Fach AG Migrantenorganisationen*. Hamburg: ASM. (zitiert als: IQ)
- Josten, Daniel. 2012. «Die Grenzen kann man sowieso nicht schliessen». *Migrantische Selbstorganisation – zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Ausschluss und Partizipation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jungk, Sabine. 2001. Soziale Selbsthilfe und politische Interessenvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten: politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid, Migration und ethnische Minderheiten* 2001/1: 7–15.
- Kahveci, Çağrı. 2017. *Migrantische Selbstorganisation im Kampf gegen Rassismus. Die politische Praxis ausgewählter antirassistischer Gruppen türkeistämmiger Migrant*innen*. Münster: Unrast.
- Keller, Reiner. 2011. *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS.
- Kiepenheuer-Drechsler, Barbara. 2013. *Vielfalt plus Zusammenhalt. Eine ethnologische Perspektive auf die Praxis Berliner Integrationspolitik*. Bielefeld: transcript.
- Knoblauch, Hubert. 2010. Von der Kompetenz zur Performanz. Wissenssoziologische Aspekte der Kompetenz. S. 237–255 in *Soziologie der Kompetenz*, hrsg. von Thomas Kurtz und Michaela Pfadenhauer. Wiesbaden: VS.
- Korteweg, Anna. 2017. The Failures of “Immigrant Integration”: The Gendered Racialized Production of Non-Belonging. *Migration Studies* 5(3): 428–444.
- Kreutzberger, Stefan, Kevin Borchers und Jennifer Ichikawa. 2016. Entwicklungspolitisches Engagement von Migrantenorganisationen auf kommunaler Ebene. S. 107–113 in *Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft*, hrsg. von Torsten Groß und Susanne Huth. Schwalbach: Wochenschau.
- Kruse, Jan. 2015. *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz*. Weinheim: Beltz Juventa.

- Kyrieri, Katerina-Marina und Constanze Brasser. 2012. From Object to Actor? Building Partnerships with Migrant Organisations. The Case of Germany. *Journal of Identity and Migration Studies* 6(1): 64–87.
- Lang, Christine. 2019. *Die Produktion von Diversität in städtischen Verwaltungen. Wandel und Beharrung von Organisationen in der Migrationsgesellschaft*. Wiesbaden: VS.
- Lenke, Thomas. 2000. Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. *Politische Vierteljahresschrift* 41(1): 31–47.
- Luhmann, Niklas. 1991. *Soziologie des Risikos*. Berlin/New York: De Gruyter.
- Mecheril, Paul. 2003. *Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit*. Münster: Waxmann.
- Newman, Janet. 2017. The Politics of Expertise: Neoliberalism, Governance and the Practice of Politics. S. 87–105 in *Assembling Neoliberalism. Expertise, Practices, Subjects*, hrsg. von Vaughan Higgins und Wendy Lerner. New York: Palgrave Macmillan.
- Pfadenhauer, Michaela. 2005. Die Definition des Problems aus der Verwaltung der Lösung. Professionelles Handeln revisited. S. 9–22 in *Professionelles Handeln*, hrsg. von Michaela Pfadenhauer. Wiesbaden: VS.
- Piñero, Esteban, Martina Koch und Nathalie Pasche. 2019. Un/Doing Ethnicity in der eingreifenden Schweizer Street-Level Bureaucracy. Ein Polizeidienst und ein Jugendamt ethnographisch im Blick. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 45(1): 35–56.
- Pries, Ludger. 2010. (Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde. S. 15–60 in *Jenseits von «Identität oder Integration»: Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*, hrsg. von Ludger Pries und Zeynep Sezgin. Wiesbaden: VS.
- Pyykkönen, Miikka. 2007. Integrating Governmentality: Administrative Expectations for Immigrant Associations in Finland. *Alternatives* 32: 197–224.
- Quijano, Aníbal. 2007. Coloniality and Modernity/Rationality. *Cultural Studies* 21(2-3): 168–178.
- Reckwitz, Andreas. 2021. *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. 4. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Rodatz, Mathias. 2012. Produktive «Parallelgesellschaften». Migration und Ordnung in der (neoliberalen) «Stadt der Vielfalt». *Behemoth. A Journal on Civilization* 5(1): 70–103.
- Rose, Nikolas. 1996. The Death of the Social? Re-Figuring the Territory of Government. *Economy and Society* 25(3): 327–356.
- Rose, Nikolas und Peter Miller. 2010. Political Power Beyond the State: Problematics of Government. *British Journal of Sociology* 61(S1): 271–303.
- Saar, Martin. 2007. Macht, Staat und Subjektivität. Foucaults Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext. S. 23–45 in *Michel Foucaults «Geschichte der Gouvernementalität» in den Sozialwissenschaften*. *Internationale Beiträge*, hrsg. von Susanne Krasmann und Michael Volkmer. Bielefeld: transcript.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich). 2014. *Migrantenorganisationen in der kooperativen Elternarbeit. Potenziale, Strukturbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten*. Berlin: SVR. (zitiert als: SVR)
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich). 2020. *Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft*. Berlin: SVR.
- Schiller, Maria, Julia Martínez-Ariño, Mireia Bolívar. 2020. A Relational Approach to Local Immigrant Policy-Making: Collaboration With Immigrant Advocacy Bodies in French and German Cities. *Ethnic and Racial Studies* 43(11): 2041–2061.
- Schinkel, Willem. 2017. *Imagined Societies. A Critique of Immigrant Integration in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Schmieder, Christian. 2007. Die Spermien und das Meer. Metaphernanalyse als qualitative Methode. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, <http://www.soziologie.uni-freiburg.de/personen/kruse/materialien/schmieder/view> (12.04.2021).
- Schneiberg, Marc und Michael Lounsbury. 2017. Social Movements and the Dynamics of Institutions and Organizations. S. 281–310 in *The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism*, hrsg. von Royston Greenwood, Christine Oliver, Thomas B. Lawrence und Renate E. Meyer. Newcastle: Sage.
- Schubert, Nelly Caroline. 2022. Inter(ethno)religiöse Kooperation. Erscheinungsformen und Kontexte kommunaler Repräsentationsbeziehungen zwischen lokalen Religionsgemeinschaften im Ruhrgebiet. Dissertation, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Georg-August-Universität Göttingen.
- Simmel, Georg. 1957. *Brücke und Tür. Essays des Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst, und Gesellschaft*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Sinanoglu, Cihan. 2019. Das Dilemma der BrückenbauerInnen. LokalpolitikerInnen mit Migrationshintergrund. Dissertation, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Georg-August-Universität Göttingen.
- Stock Giessendanner, Scott. 2011. Kommunale Integrationspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–8: 39–46.
- Thränhardt, Dietrich. 2013. Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration. S. 145–164 in *Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration*, hrsg. von Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: FES.
- Uitermark, Justus und Walter Nicholls. 2014. From Politicization to Policing: The Rise and Decline of New Social Movements in Amsterdam and Paris. *Antipode* 46(4): 970–991.
- Voß, Jan-Peter und Richard Freeman. 2016. Introduction: Knowing Governance. S. 1–33 in *Knowing Governance. The Epistemic Construction of Political Order*, hrsg. von Jan-Peter Voß und Richard Freeman. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Waldrauch, Harald und Karin Sohler. 2004. *Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien*. Frankfurt/M.: Campus.
- Walgenbach, Peter und Renate Meyer. 2008. *Neo-institutionalistische Organisationstheorie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Weiss, Karin. 2013. Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung. S. 21–31 in *Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration*, hrsg. von Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: FES.



Reihe Penser la Suisse

Oliver Hoff

Cannabis in der Schweizer Volkswirtschaft

Ökonomische Effekte aktueller und alternativer Regulierung

ISBN 978-3-03777-268-3
116 Seiten, 11.0 x 17.0 cm
Fr. 19.– / Euro 17.–

Cannabis ist in der Schweiz seit 1951 verboten. Siebzig Jahre später hat sich Vieles verändert, und es wird offen darüber diskutiert, ob die Prohibition als Regulierungsform dem öffentlichen Interesse am besten dient. Oliver Hoff analysiert, welche volkswirtschaftlichen Effekte durch Cannabis in der Schweiz unter der aktuell geltenden Regulierung ausgelöst werden. Darauf aufbauend werden – basierend auf den Erfahrungen anderer Länder – alternative Regulierungsszenarien konstruiert und die damit verbundenen ökonomischen Wirkmechanismen und deren Grössenordnung untersucht.

Das Buch kommt zum Schluss, dass die aktuelle Regulierungsform ein ökonomisch ineffizientes Ergebnis produziert. Durch künstlich hohe Gewinnmargen profitieren im Illegalen operierende Akteure, während gesundheitspolitische Anliegen durch fehlenden regulatorischen Zugriff weitestgehend verfehlt werden. Alternative regulatorische Ansätze bieten interessante Chancen, diese Probleme zu lösen, bergen aber auch Risiken, die es bei der Diskussion über die zukünftige Regulierung von Cannabis zu berücksichtigen gilt.

Oliver Hoff ist Ökonom und Sozialwissenschaftler. Er ist Mitglied der Geschäftsbereichsleitung «Wirtschaft und Gesellschaft» bei der EBP Schweiz AG und assoziierter Forscher am Institut für soziologische Forschungen der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Genf.

Mit Beiträgen von Sandro Cattacin und Adrian Gschwend.